

Sehr geehrte Frau Stadtverordneten-Vorsteherin,
sehr geehrte Magistratsmitglieder,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

zu allererst möchte ich einen Dank an die Kämmerei und das Team im Fachbereich Finanzen und alle Mitarbeitenden aus der Verwaltung aussprechen - für die viele Arbeit bei der Erstellung des Haushaltes, für die Bearbeitung und ausführliche Beantwortung unserer Fragen, die Erstellung der Antragslisten sowie die klärenden Gespräche in den Ausschüssen zum Haushalt.

Der Haushalt ist jedes Jahr eine Herausforderung und wird aufgrund der angespannten Finanzlage nicht einfacher.

Eine Krise folgt der anderen - wir sprechen ja mittlerweile auch gerne von der **Polykrise**:

Corona wurde einigermaßen überstanden; viele der gewaltvollen Konflikte lassen die **Geflüchtetenzahlen** steigen; zunehmende **Erderhitzung** - 2023 war das mit Abstand heißeste Jahr seit Aufzeichnungsbeginn - lässt schwere Folgen wie **Extremwetterereignissen** wahrscheinlicher werden und das **Artensterben** ist ungebremst.

Es wird immer schwieriger zukunftsweisende Perspektiven zu entwickeln, auch kommunal. Das spüren auch viele Bürger:innen, die sich dann denen zuwenden, die vermeintlich einfache Lösungen anbieten. So einfach ist das aber nicht!

Im vorliegenden Haushalt für 2024 weist der Ergebnisplan einen Fehlbetrag von über 1,5 Mio aus. Ein Ausgleich dessen durch außerordentliche Rücklagen, wie im letzten Haushalt, wird nicht mehr möglich sein. Der Schuldenstand ist hoch und wird es auch langfristig leider bleiben.

Die deutliche Steigerung der Kreis- und Schulumlage haut mit voller Wucht rein und bringt Mehrausgaben von fast 3 Mio € mit sich.

Die allgemeine Inflation- und bereits beschlossene Tarifierhöhungen (auch fast 3 Mio €) tragen zur Verschärfung bei.

Eigentlich ist das Investitionsvolumen für die gesamte Stadt von rund 5,7 Mio viel zu gering für all das, was notwendig ist zu sanieren, zu unterhalten oder auch neu zu bauen. Sollte dies noch weiter reduziert werden, würde das zu einem Stillstand der Entwicklung in der Stadt führen, sie unattraktiv machen. Hier die „Schuldenbremse“ anzusetzen würde zu weiteren Versäumnissen bei der Infrastruktur führen, im Bereich der Straßensanierungen, Sportstätten, öffentlichen Gebäuden, Kita-Erweiterungen und -Neubauten, Kläranlage, Feuerwehr usw..

Nachhaltig wirtschaften heißt auch Vorhandenes zu pflegen und zu erhalten, sowie langfristig planen, damit gerade in Zeiten knapper Mittel wenigstens diese effektiv und nachhaltig eingesetzt werden können.

Das wurde vor Jahren verpasst oder verdrängt! In diesem Zusammenhang möchte ich als Beispiele nur unser Waldstadion und unsere Straßen nennen. Auch hierfür sind Gelder im Haushalt vorgesehen.

Ein Versäumnis von über 20 Jahren kann zwar nicht in einem Jahr aufgeholt werden, wir sind aber froh, dass seit dem Wechsel im Magistrat nun kontinuierlich durch unseren Dezernenten daran gearbeitet wird. Gezielt ein bisschen zu tun, ist besser als sich alles für eine kaputte Zukunft aufzusparen, denn es wird in Zukunft nicht günstiger - das haben wir aus der Vergangenheit gelernt.

Die Kommunen werden bei all den ihnen zugewiesenen verpflichtenden Aufgaben von Bund und Ländern schlichtweg im Regen stehen gelassen.

Also was machen wir mit wenig Geld und vielen Aufgaben?

In Zeiten knapper Kassen besteht immer die Gefahr, im Bereich „Soziales“ zu kürzen. Gerade jetzt, wo die Gesellschaft tief gespalten ist und antidemokratische Bewegungen stärker werden, ist es unsere Aufgabe den sozialen Frieden zu bewahren. Dazu ist es immens wichtig, dass wir an den Leistungen dafür festhalten und keine Kürzungen vornehmen oder zulassen.

Als die kinder- und jugendreichsten Stadt Hessens sind Angebote für diese Gruppe von herausragender Bedeutung. Eine breite Vereinslandschaft mit vielfältigen Ausrichtungen in Sport, Kultur, Gesellschaft muss erhalten und gefördert werden. Gerade bei der Gestaltung der Ferien für Kinder und Jugendliche, deren Familien nicht die Möglichkeiten haben einen Urlaub zu finanzieren, sind Ferien-Camps, Ferienspiele und Jugendfreizeiten unabkömmlich. Dauerhaft verfügbare Freizeiteinrichtungen, wie unsere Sportstätten, egal ob das Waldstadion, der Skaterpark, Bolzplätze oder multifunktionale Sportfelder und -Geräte müssen für sie erhalten und ausgebaut werden. Gut ausgestattete und erreichbare Treffpunkte zum „chillen“ mit hoher Aufenthaltsqualität sind das für Jugendliche, was intakte Spielplätze für die Kinder in *allen* Teilen der Stadt sind. Auch das Freibad ist von herausragender Bedeutung, klar um Spaß zu haben, als Urlaubersatz, zur Abkühlung während der heißen Sommer, hier aber auch noch verstärkt als Über-Lebensnotwendigkeit Schwimmen zu lernen.

All das ist gut investiertes Geld.

Bleiben wir mal bei den Kindern:

Der **Bedarf an Kindertagesplätzen** steigt weiter und der sukzessive Rechtsanspruch 2026 rückt schnell näher. Auch die Anmeldelisten für die Nachmittagsbetreuung und die Horte werden eher länger, natürlich auch weil nicht genügend Betreuungspersonal zu bekommen ist. Aber ausgerechnet

dies stellt für uns den größten Brocken dar und wir können und wollen nicht alles über die Gebühren auf die jungen Familien abwälzen. Denn nur sehr wenige in unserer Stadt könnten sich das leisten.

Es gibt Bundesländer, in denen keine Kita-Gebühren anfallen - der erste Schritt wurde auch in Hessen unter Schwarz-Grün gemacht, mit der Freistellung der ersten 6 Stunden. Mehr ist erforderlich und wir appellieren hier an die Kolleg:innen aus der SPD, in der neuen Landesregierung ordentlich Druck zu machen.

Insgesamt sehe ich auch hier positive Ansätze im Haushaltsvorschlag. Mit Weitsicht sind Mittel eingestellt, um weitere Kita-Kapazitäten aufzubauen. Aktuell laufen da die Projekte Kita 12 und Kita 8. Um besser Personal zu werben, sind weiterhin Gelder für das Recruiting vorgesehen.

Kommen wir zurück zur **Infrastruktur**:

Solche „Plätze zum Leben“ zu schaffen, auszubauen oder zu fördern, ist das Eine. Sie müsse aber auch sicher erreichbar sein, gerade für die vermeintlich schwächeren Verkehrsteilnehmer:innen. Wir müssen in Verkehrskonzepte investieren, die es allen ermöglichen eine freie Wahl der Art der Mobilität zu ermöglichen.

Wer sind denn die schwächsten Verkehrsteilnehmer:innen?

Das sind in erster Linie die, die zu Fuß unterwegs sind. Sie sollten ohne Angst Straßen überqueren können, sichtbar, durch gute Ausleuchtung, barrierefrei.

Für weitere Stadtstrecken ist das Fahrrad für all die die beste Option, die (noch) keinen Führerschein haben. Wir sind nun schon sehr weit mit dem Ausbau der L3001, lediglich der schwierigste, aber auch wichtigste Abschnitt bis zum Waldstadion und Waldschwimmbad fehlt noch.

Und den versuchen Sie von der CDU, FDP und Herr Balzar immer noch zu verhindern? Das sehen Sie als Einsparpotenzial an? Zumal wir auch finanziell von HessenMobil unterstützt werden. Für uns ist das grob fahrlässig, wie hier mit der Sicherheit derer umgegangen wird, die nicht auf mehrere Mama-, Papa- und Großelterntaxis zurückgreifen können und wollen. Denn es geht hier auch um „Freiheiten“, die Freiheit, sich selbständig wann und wohin bewegen zu können, und halt auch wie. Es ist diese Wahlfreiheit, die hier angegriffen wird. Und vor allem die Selbständigkeit der Jugendlichen wird nicht unterstützt, sondern sie bleiben langfristig abhängig.

Wir haben nun ein **Nahmobilitätskonzept**, genau für die eben genannten Zielgruppen, sicherlich nicht frei von jeder Kritik, aber es zeigt uns die Schwachstellen in unserem Geh- und noch kleinen Radwegenetz auf. Es zeigt uns, wo die Zukunftsinvestitionen liegen müssen.

Das dadurch der MIV „leidet“, ist immer noch in den Köpfen derer, die eine „freie Fahrt“ wünschen in einem Umfeld, wo das nicht mehr funktioniert, weil zu viele diese „freie Fahrt“ wünschen. Was soll das überhaupt sein? Immer 10% schneller als erlaubt, dicht auffahren, überholen, beim Gelb-Werden

noch mal Gas geben oder statt vom Kreisverkehr Geschwindigkeit zu reduzieren mal lieber schnell „drüberfliegen“?

Geschwindigkeitsreduzierungen, Kreisverkehre und weniger Einfädelspuren führen auf überfüllten Straßen zu einem besseren Verkehrsfluss. Deswegen begrüßen wir auch die logische Schlussfolgerung - die Umsetzung des Programms „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“.

An all diese Mittel zur Umsetzung wollen CDU, FDP und Herr Balzar ran, nur um einer immer kleiner werdenden Gruppe mit lauten Stimmen „freie Fahrt“ zuzugestehen auf Kosten der Sicherheit und somit Freiheit einer immer größer werdenden Gruppe.

Wir können das nicht akzeptieren, wir schauen nach vorn und nicht zurück.

Es wird ja mittlerweile auch von Stau gesprochen, wenn hinter einem Bus an einer nun nicht mehr in einer Haltebucht befindlichen barrierefreien Bushaltestelle, deren Umsetzung uns übrigens auferlegt und deswegen auch hoch gefördert wird, eine paar-sekündige Wartezeit ein paar Autos auffahren lässt. Na hoffentlich drückt dann keiner den Knopf an der nächsten Fußgängerampel oder nimmt sich das Recht bei einem Zebrastreifen.

Mit solchen Argumenten den **ÖPNV in Frage zu stellen, ist Fehl am Platze**.

Zumindest ist der Hopper wohl nicht so ein Störfaktor. Aber auch bei diesem werden alle Vorteile in Abrede gestellt. Es sind da vor Allem wieder die Kosten verglichen mit dem Nutzen. Diese bezahlt die Stadt mit der, wie am Anfang schon erwähnt, stark gestiegenen Kreisumlage.

Dies können wir aber gut akzeptieren. Denn diese Ausgabe stellt für jede und jeden jedes Alters eine Nutzen dar, natürlich auch wieder für diejenigen nicht, die immer wieder ihr Geld in den Erwerb und Betrieb von immer größeren und Raum blockierenden Fahr- oder besser gesagt Stehzeugen stecken. Noch ein Fakt zum Nachdenken dazu - ein durchschnittliches Kinderzimmer in Deutschland (in Dietzenbach vermutlich kleiner) ist 12 qm groß - ein Parkplatz hat eben auch die gleiche Abmessung.

Wenn ÖPNV endlich mal viel besser durch Bund oder Land unterstützt und gefördert würden, wäre auch dies eine immense Entlastung für den Haushalt.

Es wäre auch eine immense Entlastung für unser Klima!

Wir haben, und dafür bin ich sehr dankbar, ein gutes **Klimaschutzkonzept**, dem, weil wir seit Jahren in vielen Fällen als Gesellschaft beim Klimaschutz auch vor Ort versagt haben, nun auch ein gutes **Klimaanpassungskonzept** folgte. Sich nun aus den darin erarbeiteten Maßnahmen zu bedienen, weil wir alle, mit Verlaub, bestimmt nicht die Expertise haben, um selbst auf die darin abgebildeten Ideen zu kommen - auch noch sinnvoll priorisiert, ist unsere Aufgabe. Und auch dafür müssen Gelder jetzt aufgebracht werden.

Dazu zählen möglichst viele entsiegelte Flächen (jeder qm zählt), Grünanlagen und ... **Bäume**.

Die in der Erarbeitung dieses Konzepts entstandenen Wärme-, oder besser Hitzekarten zeigen überzeugend, worauf es jetzt ankommt um eine Aufenthalts- und vor allem Lebensqualität in Dietzenbach zu gewährleisten.

Die Lösung ist mehr Grün. Grün kühlt ab, spendet Schatten, reinigt die Luft, schafft Bereiche hoher Aufenthaltsqualität für uns alle.

Ausgaben, wie für den Park Offenbacher/Auestraße, bringen uns das alles im direkten Umfeld der Altstadt, wo solche Flächen extrem rar und klein sind. Daher wollen wir hier auch das neue Grün schaffen indem wir eine bestehende Anlage so „aufräumen“, dass sie wieder atmen kann.

All diese Aufgaben müssen nicht nur finanziell sondern auch von einer leistungsfähigen Verwaltung gestemmt werden können. Was würde eine dauerhaft personell auf Kante genähte Verwaltung für Auswirkungen auf die vielen Zukunftsaufgaben haben?

Wir setzen auf die Organisationsuntersuchung, bei der wir für eine weitere Begleitung der Prozesse einen Antrag gestellt haben.

Die bitterste Maßnahme, um diese vielen „Kleinigkeiten“, die zusammengenommen einen heftigen Brocken darstellen, umsetzen zu können, ohne das Limit der Nicht-Genehmigungsfähigkeit zu überschreiten, sind Anhebungen der Steuersätze. Die Grundsteuer ist natürlich ein stabilerer Faktor als die Gewerbesteuer. Aber eine Erhöhung Letzterer in gerade der notwendigen Höhe um die zuvor umrissenen guten Zielsetzungen zu erreichen, erscheint uns als gerecht und vertretbar.

Fazit: Wir schauen weit über den Tellerrand hinaus, damit möglichst viele derer, die nicht viel haben, mehr durch die Wirkungen dieses Haushalts bekommen, denn in diesen Zeiten geht es um das große Ganze für unsere Stadt und nicht um Politik nur für das eigene Blickfeld.

Natürlich gibt es in jedem Haushalt immer etwas, was man anders hätte machen können, das ist immer und überall so. Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigt ihre generelle Zufriedenheit zu diesem Haushalt, indem von uns nur wenige Änderungsanträge gestellt werden.

Wir werden uns auch in Zukunft weiterhin engagieren im lebhaften, respektvollen, wertschätzenden Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien sowie den Bürgerinnen und Bürgern, immer mit der Prämisse, **für ein lebenswertes und florierendes Dietzenbach - für alle.**

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit,

Heiko Hausmann
Co-Fraktionssprecher
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dietzenbach

